Garantiertes Mindesteinkommen und Gewerkschaftspolitik

Autor(en): **Rossi, Martino**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **83 (1991)**

Heft 6

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355373

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Garantiertes Mindesteinkommen und Gewerkschaftspolitik

Der Tessiner Ökonom Martino Rossi verbindet sein Plädoyer für die Einführung eines Garantierten Mindesteinkommens mit Überlegungen zur Entwicklung der künftigen Arbeitswelt. Das GME soll nicht nur eine im engeren Sinne neue sozialpolitische Massnahme darstellen, sondern ebenso ein Mittel sein, den Menschen zunehmend von der Arbeit zu befreien.

Von Martino Rossi

Die Debatte über das Garantierte Mindesteinkommen (GME) hat in der Gewerkschaftsbewegung erst begonnen. Im Rahmen des SGB gibt es deshalb noch keine etablierte Politik bezüglich des GME. Einige Gewerkschafter sind sogar etwas misstrauisch, denn die «Ethik der Arbeit» ist in der Arbeiterbewegung noch fest verwurzelt: «Wer nicht arbeitet, wird nichts zu essen haben». Die Gewerkschafter haben hauptsächlich für eine Erweiterung der Bereiche bezahlter Arbeit und für eine bessere Entlöhnung derselben gekämpft. Das Sozialversicherungssystem, zu dessen Entstehung sie viel beigetragen haben, baut auf der bezahlten Arbeit auf. Bei Arbeitsausfall, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter oder Arbeitslosigkeit, können soziale Leistungen bezogen werden. Erst später, und mit weniger Elan, engagierten sich die Gewerkschafter dafür, den Müttern und Kindern ein «soziales Einkommen» zu garantieren. Im Grunde sollte das Einkommen des «Familienvaters» für die Bedürfnisse der Ehefrau und Kinder reichen. Nicht zufällig sind deshalb die Einkommen der Männer in der Schweiz relativ hoch, diejenigen der Frauen tief, die Kinderzulagen bescheiden und zudem von Kanton zu Kanton verschieden und der bezahlte Mutterschafts- oder Elternurlaub ganz ungenügend.
Das GME stellt teilweise die Verbindung zwischen Arbeit und Reichtumsverteilung wie auch die enge Beziehung zwischen Einkommen und sozialer Sicherheit in Frage. Wir müssen daher zuerst den objektiven und subjektiven Stellenwert der Arbeit betrachten, aber auch die «Utopien», welche die Gewerkschaftspolitik leiten. Utopie meint hier eine wünschenswerte Zukunft, welche die Wahl der konkreten Projekte der Menschen beeinflusst.

Das Original dieses Beitrages von Martino Rossi ist in der Revue syndicale Suisse 5/1990 ersterschienen. Die vorliegende Übersetzung, von Regine Müller besorgt, wurde von der Redaktion leicht gekürzt.

Man arbeitet immer weniger

Weniger als die Hälfte der Schweizerbevölkerung ist erwerbstätig (1980: 49%, die Teilzeitbeschäftigten eingeschlossen). Dieser Prozentsatz liegt bei den Männern unter zwei Dritteln (63%), und bei den Frauen übersteigt er kaum einen Drittel (34%). In den vergangenen Jahrzehnten ist der Beschäftigungsgrad zurückgegangen: hauptsächlich bei den Jungen (bei den 15–19jährigen von 61% 1970 auf 54% 1980, die Lehrlinge mitgerechnet), ebenfalls bei den Ältern (bei den 65–69jährigen von 31% auf 17%, bei Erwerbstätigen ab 70 von 11% auf 5%).
Weniger als die Hälfte der Bevölkerung ist also aktiv. Sie arbeitet zudem immer weniger. Die Arbeitszeit hat sich schätzungsweise in unserem Jahrhundert um die Hälfte reduziert. Heute arbeitet man von 75 Jahren 40 Jahre, von 365 Tagen 220 Tage, von 24 Stunden 8 Stunden; d.h. während etwas mehr als 10% unserer Lebenszeit gehen wir einer Erwerbsarbeit nach.
Für viele ist die Arbeit nur eine Teilzeitbeschäftigung. Dies gilt für 15% aller Beschäftigten in der Schweiz und für 25–30% der Beschäftigten in den nordischen Ländern. Immer häufiger wird die Arbeit auch unterbrochen. Frauen geben sie auf, um ihre Kinder zu erziehen, Junge, um zu reisen oder um ein Volontariat zu absolvieren. Viele gehen einer zusätzlichen Arbeit nach, z.Bsp. Pensionierte und viele teilzeitlich arbeitende Frauen.

Man lebt nicht mehr um zu arbeiten

«Sag mir, was Du arbeitest und ich sage Dir, wer Du bist». Diese Art der Identitätsbestimmung hat unter dem Einfluss der vier Haupttrends, welche die soziale Landschaft erschüttert haben, viel von ihrer Gültigkeit verloren. Diese Haupttrends sind: beträchtliche Zunahme der Kaufkraft (Konsumgesellschaft), Erweiterung der sozialen Sicherheit, mehr Freizeit für alle, sinkender Beschäftigungsgrad und strukturell bedingte Arbeitslosigkeit. Letztere wird durch technologischen Fortschritt, Sättigung der Märkte und die ökologischen Grenzen des Wirtschaftswachstums verursacht. Aus zahlreichen Untersuchungen und Meinungsumfragen geht hervor, dass seit den 60er Jahren v.a. die jüngere Generation ihre Identität ausserhalb der Arbeitswelt aufbaut. Eine schweizerische Umfrage von 1987 zeigt, dass nur 26% der 20–29jährigen ihre Arbeit als «das Wichtigste im Leben» betrachten. 32% der Erwerbstätigen teilen diese Meinung. In Deutschland hat eine repräsentative Umfrage bei der aktiven Bevölkerung ergeben, dass bereits 76% der 20–29jährigen ihre Freizeit als das Wichtigste im Leben ansehen, nur für 33% ist es die Arbeit. Übrigens hat sogar der SGB anlässlich seiner Kampagne für die 40-Stunden-Woche davon Kenntnis

genommen. Diese Kampagne stand unter den Mottos «Mehr Zeit für uns» und «Weniger arbeiten – zufriedener leben». Die Arbeit ist also immer weniger die Grundlage der individuellen Identität.

Die Maschinen arbeiten lassen und die Menschen befreien

Die Meinungen über die wahrscheinlichste Entwicklung des Arbeitsmarktes für die 90er Jahre und vor allem über den Einfluss der neuen Technologien sind geteilt. Trotzdem kann man anhand eines breiten Forschungsprogrammes der Europäischen Gemeinschaft (FAST: Forcasting and Assessment in Science and Technology) folgende Schlussfolgerung ziehen: Es werden mehr Arbeitsstellen aufgehoben als neue geschaffen. So werden in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren zehn bis fünfzehn Millionen Menschen pro Jahr keinen gesicherten Arbeitsplatz haben. Auch in den Unternehmen mit hochentwickelten Technologien werden insgesamt Stellen gestrichen. Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen werden einen gewissen Ausgleich schaffen.
Das St.Galler Zentrum für Zukunftsforschung zeigt in einer Studie für die Schweiz der 90er Jahre folgende Entwicklungen in einem «Referenzszenario» (jährliche Wachstumsrate in %):
- Bevölkerung: 0,3%
- Totale Produktion (Steigerung): 1,9%
- Arbeitsproduktivität: 2,1%
- Beschäftigte Personen: –0,2%
- Arbeitsstunden pro Beschäftigter: –0,3%
- Beschäftigungsvolumen: –0,4%

Von 1990 bis 2000 erwartet man ein globales Wachstum der Güter und der geleisteten Dienste von 21% bei einem um 4% niedrigeren Beschäftigungsvolumen (Total der geleisteten Arbeitsstunden).
Diese Zahlen beschreiben den möglichen Weg einer Zukunft, welche weder gewiss noch unausweichlich ist. Sie ermöglichen aber Simulationen. Man kann davon ableiten, dass das gegenwärtig produzierte Vermögensvolumen in zehn Jahren mit drei Vierteln des heutigen Arbeitsvolumens erreicht werden kann. Bei gleichbleibender Beschäftigungszahl könnte jeder seine Arbeitszeit im Durchschnitt um einen Viertel verkürzen, und dies ohne Einkommenseinbusse (z.Bsp. 30 statt wie bisher 40 Stunden die Woche). Oder bei gleichbleibender Arbeitszeit könnte die Zahl der Beschäftigten um 25% reduziert werden, ohne dass das Lebensniveau bei gleichbleibender Bevölkerungszahl sinken würde.

Befreiung durch Arbeit oder Befreiung von der Arbeit?

Die «industrielle Utopie», dass das Wirtschaftswachstum und die technische Erneuerung jedem Menschen den Weg ins Glück bahnen wird, ist seit den 60er Jahren weniger überzeugend, aber dennoch nicht aufgegeben worden. Heute weiss man, dass das Wirtschaftswachstum nicht mit der zunehmenden Wohlfahrt aller gleichzusetzen ist. Denn es produziert national und weltweit Gewinner und Verlierer. Zudem wächst mit der Wirtschaft der Berg von immer gefährlicheren Abfällen; giftige Emissionen, Vergandung, Waldsterben, Erwärmung der Atmosphäre, etc. nehmen ebenfalls zu. Das Wirtschaftswachstum hat die breite Vermarktung aller Lebensbereiche und aller menschlichen Beziehungen – was nichts kostet, ist nichts wert – zur Folge. Kurz, das Wirtschaftswachstum löst immer weniger Probleme bzw. wird immer mehr als deren Ursache erkannt. Deshalb muss die Logik «je mehr, desto besser: mehr konsumieren, produzieren, investieren, arbeiten ...» verworfen werden.

Die Befreiung von der Arbeit, d.h. die massive Reduktion der für die Güterproduktion bestimmten Lebenszeit, ist die neue Utopie. Diese kann in den hochentwickelten Gesellschaften die Utopie von der Befreiung durch die Arbeit ersetzen. Ihren Zielen gemäss hat die Gewerkschaft ständig darum gekämpft, die für die Arbeit verwendete Lebenszeit zu reduzieren. Sie kämpfte für die Förderung der Ausbildung der Jungen, für die Senkung des AHV-Alters, für die Erhöhung der Löhne und Familienzulagen, um Männern und Frauen mehr Zeit für die Kindererziehung zu geben, für den Ausbau der Freitage und der Ferien und für die Reduzierung der täglichen Arbeitsstunden.

Die Ergebnisse dieser Kämpfe sind wichtig. Die Aktivitäten ohne ökonomisches Ziel sind im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft wichtiger geworden. Diese Tatsache bildet, zusammen mit der technologischen Revolution, die neue Utopie der Befreiung von der Arbeit. Letztere will die technologische Erneuerung nicht mehr in den Dienst des Wirtschaftswachstums stellen, sondern für die Verkürzung der Arbeitszeit und für die Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt einsetzen und dafür passende sozio-ökonomische Strategien erarbeiten. Es geht heute also darum, die Verschwendung einer grossen Arbeitsquantität, wovon man die Menschen befreien könnte, zu verhindern. Diese Verschwendung rührt zudem unter anderem daher, dass die Produzenten sich bemühen, die Lebensdauer der Produkte zu verkürzen, den Wunsch nach ständigem Wechsel (Modetrends, Diversifikationen und nebensächliche Verbesserungen der Produkteeigenschaften) künstlich zu wecken, mittels grosser Werbekampagnen neue Bedürfnisse zu schaffen, die Warenproduktion in Gebieten zu fördern, die bisher Tätigkeiten ohne ökonomischem Ziel reserviert waren (Hobbys, Sport, Kunst, Kultur, Hauswirtschaft, vor- und ausserschulische Erziehung der Kinder, Nachbarschaftshilfe, etc.).

Ohne die vorprogrammierte Veralterung der Produkte, ohne die raffinierte Werbung für Güter und Dienstleistungen, für die man spontan keinen Bedarf hat, ohne die ökologischen «Reparaturarbeiten» und ohne die zunehmende Vermarktung der Bedürfnisbefriedigung wäre das Arbeitsvolumen mit ökonomischen Ziel weniger wichtig, und dies bei gleichbleibendem Wohlstand.
Wenn also die Befreiung von der Arbeit ein neues Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist, kann das GME zu einer Alternative in der Gewerkschaftspolitik werden. Bevor wir sehen werden, wie dies geschehen kann, müssen wir zuerst aber den Begriff des GME klären.

Drei Konzepte des Garantierten Mindesteinkommens (GME)

1. GME: Eine innovative Reform der sozialen Sicherheit

Chantal Euzéby hat die Entwicklung des Sozialversicherungssystems in einem Artikel der Zeitschrift «Futuribles» (Januar 1990) gut zusammengefasst. Sie schreibt dort:
«Die Sozialversicherungssysteme haben sich in den industrialisierten Ländern bisher immer der Entwicklung des sozialen und wirtschaftlichen Kontextes angepasst: Entwicklung der Sozialhilfe und erste garantierte Einkommen der bezahlten Arbeiter in der Phase der beginnenden Industrialisierung im 19.Jahrhundert und zu Beginn des 20.Jahrhunderts; soziale Sicherheit für alle und Rückgang der Hilfsprogramme während den dreissig Jahren wirtschaftlichen Wohlstands, steigende Löhne nach dem Zweiten Weltkrieg, Verstärkung der Solidaritätsmechanismen innerhalb der Versicherungsgesellschaften (diese sind immer stärkeren finanziellen Zwängen unterworfen) und Ausbau der sozialen Leistungen seit 1975, um die wachsende Armut, bedingt durch Arbeitslosigkeit und Auflösung der Familienstrukturen, zu bekämpfen.»
Allerdings erfolgten diese Anpassungen nicht im gleichen Tempo wie der wirtschaftliche und soziale Wandel. Dies ist der Grund für die heutige Krise des sozialen Versicherungssystems, die eine Finanzkrise, eine Krise des Solidaritätsgedankens (das Netz der sozialen Sicherheit weist grosse Löcher auf), eine Krise der Wirksamkeit (vor allem im Hinblick auf die Förderung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt) und eine Legitimationskrise ist. Die Sozialhilfe, wenigstens deren schweizerisches Modell der Fürsorge, ist kein genügendes Heilmittel für die Mängel der sozialen Sicherheit. Sie weist zuviele Fehler auf:
• Sie ist kein subjektives, ab einem bestimmten Minimaleinkommen garantiertes Recht. Sie ist eher eine Aufgabe der Kantone und Gemeinden, die Benachteiligten zu unterstützen. Die unumschränkte Macht der Funktionäre ist von daher zu gross.

• Die Unterstützungsbeiträge müssen im Prinzip zurückbezahlt werden, sobald die wirtschaftliche Situation des Unterstützten sich verbessert. Hier liegt der Ursprung der sogenannten Armutsfalle. Die Aussicht zu arbeiten, um die erhaltene Sozialhilfe zurückzubezahlen, ist entmutigend. Deshalb ist die Versuchung gross, in der Rolle des Unterstützten zu bleiben.
• Der Unterstützte ist nicht nur der Kontrolle seines Einkommens, sondern auch der Kontrolle über die Verwendung der erhaltenen Sozialhilfe unterworfen. Deshalb weigern sich viele Leute mit niedrigem Einkommen und grossen Familienauslagen, die Sozialhilfe überhaupt zu beanspruchen.
• Die fehlende Koordination zwischen Sozialhilfe, sozialen Institutionen und dem Arbeitsamt erschwert es dem Unterstützten, die finanzielle Autonomie wieder zu erlangen.

Das GME kann daher als substantielle Reform der Sozialhilfe angesehen werden und so einen wichtigen Platz im Sozialversicherungssystem einnehmen. Seine Merkmale wären die folgenden:
• Ein subjektives und gesetzlich verankertes Recht zu einem bestimmten Minimaleinkommen, das zur Deckung der gesellschaftlich bestimmten Grundbedürfnisse frei verfügbar ist.
• Eine Unterstützung, die nicht zurückbezahlt werden muss und die sich aus der Differenz der eigenen Mittel (Einkommen aus Arbeit, Rente, sozialen Leistungen, Vermögen, Besitz) zum «Sozialen Minimum» ergibt.

Nur zwei Bedingungen müssen erfüllt werden:
1) der Nachweis für die zuständigen Behörden, dass die eigenen Mittel unterhalb des «Sozialen Minimums» liegen;
2) der Nachweis, dass der Unterstützte sich im Rahmen seiner Möglichkeiten wieder für eine finanzielle Autonomie bemüht.
Begleitmassnahmen: Unterstützung durch den sozialen Gesundheitsdienst und die Arbeits- und Erwachsenenbildungsstellen, sofern dies die Wiedererlangung der finanziellen Autonomie ermöglicht und dem vom GME Profitierenden zugemutet werden kann.
Das so konzipierte GME wäre ein Ersatz- oder Ergänzungseinkommen. Diese Massnahme wäre allen zugänglich, der ökonomisch aktiven ebenso wie der inaktiven, der bezahlten wie der unbezahlten, der arbeitsfähigen wie der arbeitslosen Bevölkerung. Dass viele Details noch näher bestimmt werden müssen, versteht sich von selbst.
Das GME könnte ganz einfach dem bereits in der Schweiz existierenden Einkommmenstransfer eingegliedert werden oder sich ganz oder teilweise mit den nicht beitragspflichtigen Leistungen verbinden: Familienzulagen, Stipendien, Ergänzungsleistungen der AHV/IV, Beiträ-

ge für Miete und Krankenkassenprämien, Zusatzunterstützung für Langzeitarbeitslose.

2. GME: «Wer nicht arbeitet, hat trotzdem etwas zu essen»

Die zu Beginn dieses Artikels erwähnten sozio-ökonomischen Phänomene – wie etwa der Wertverlust der Erwerbsarbeit oder die Einsicht, das Wirtschaftswachstum zu mässigen – haben zum Gedanken eines Allgemeinen Grundeinkommens (AGE) geführt.
Das AGE ohne Verpflichtung zur Arbeit ist durch seine Einfachheit und Logik verführerisch. Eine gerechte Gesellschaft muss jedem ihrer Mitglieder ein Mindesteinkommen für ein bescheidenes Leben zur Verfügung stellen. Eine reiche und technologisch fortgeschrittene Gesellschaft, deren Produktion im Güter- und Dienstleistungssektor immer mehr automatisiert werden kann, erlaubt es, jeden, der will – nicht nur den Besitzenden –, vom Zwang der Erwerbsarbeit zu befreien. Eine demokratische Gesellschaft muss soweit wie möglich die Unterschiede zwischen entlöhnter und nicht entlöhnter Arbeit aufheben. Eine schon sehr komplexe Gesellschaft muss für die vielfältigen Bedürfnisse ihrer Bürger einfache Antworten geben. Das AGE, auch «Bürgereinkommen» genannt, ist eine davon: Ein Teil des Sozialeinkommens, genauer der Mehrwert, der durch die Arbeit der Menschen und Maschinen erwirtschaftet wurde, kann dem Markt entzogen und direkt an jeden Bürger verteilt werden. Jeder Mann, jede Frau, sogar jedes Kind, erhält eine Unterstützung, die mindestens die Grundbedürfnisse deckt. Eine Kontrolle der Ressourcen, der Bedürfnisse, der Lebensweise, des Engagements oder der Arbeitsfähigkeit ist unnötig. Das GME wäre so tatsächlich auf eine möglichst unbürokratische Weise für alle garantiert. Wer seine Konsumfähigkeit vergrössern möchte, wird einer Erwerbsarbeit nachgehen.
Man kann diese Einschätzung des GME als idealistisch bezeichnen. Aber das Allgemeine Grundeinkommen wird nicht nur von anarcho-idealistischen Gedanken unterstützt. Die Idee eines bedingungslosen AGE antwortet auf Notwendigkeiten und reale Möglichkeiten unserer Gesellschaft. Reformerische Kräfte unter den Forschern verteidigen sie heute innerhalb der Internationalen Organisation der Arbeit oder innerhalb des Programms FAST der Europäischen Gemeinschaft, welche wir bereits erwähnt haben. Die Forscher des FAST haben fünf «Szenarien für die Arbeit in Europa» erarbeitet. Und eines davon ist das Szenario «Garantiertes Einkommen».
Dieses «Garantierte Einkommen» stellt die bewusste Wahl eines neuenModells dar, das sich aus einem Zusammentreffen von progressiv liberalen und sozialistischen Strömungen ergeben könnte. Grüne, Gruppen mit speziellen Interessen und Unternehmer sehen durch das

GME eine grössere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gewährleistet. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit seiner Realisierung klein. Tatsächlich besteht das Problem nicht darin, die Möglichkeiten eines bezahlten Grundeinkommens für alle abzuklären (in Nordeuropa gehört bereits ein Drittel des nationalen Einkommens zum öffentlichen Transfer), sondern darin, einen gangbaren Weg zu finden, das aktuelle System des sozialen Transfers in ein System mit GME umzuwandeln. Dabei ist der «kulturelle» Widerstand gegen die Bezahlung eines «Lohnes» an diejenigen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen wollen, zu brechen. Dieses Szenario wird durch eine radikale Erneuerung charakterisiert: Das Recht auf ein Einkommen, welches die Grundbedürfnisse deckt, wird von der Pflicht zur Arbeit getrennt. In diesem Szenario wäre das Wirtschaftswachstum tief. Aber es könnte sich steigern dank der grössern Bereitschaft zur technologischen Erneuerung, zur technischen Arbeit und zur abhängigen Arbeit im Wechsel mit selbständiger Arbeit und der Schaffung neuer kleiner alternativer Unternehmen. Das Garantierte Einkommen hält nicht von der Arbeit und den damit verbundenen zusätzlichen Verdienstmöglichkeiten ab und hebt die soziale Ungleichheit nicht auf. Aber es würde eine bessere Ausgangsposition und ein Sicherheitsnetz für jeden garantieren und zudem eine grössere Unabhängigkeit von den Arbeitgebern schaffen.

3. GME: «Alle arbeiten, damit weniger gearbeitet werden muss»

Das GME als «Grundeinkommen» kann mit der Strategie der Befreiung von der Arbeit als gesellschaftlicher und nicht nur individueller Wahl verbunden werden. Die individuelle Wahl, nicht zu arbeiten, das Recht auf Nichtstun – wenn man dabei auch bescheiden leben muss – wird durch das Grundeinkommen im folgenden Modell ermöglicht. Die massive Arbeitszeitverkürzung für alle erfordert die Teilnahme aller an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, selbst wenn man die technologischen Entwicklungen in den Dienst der «Befreiung von der Arbeit» stellt und das Wirtschaftswachstum zu diesem Zweck reduziert. Jeder muss arbeiten, damit jeder möglichst wenig zu arbeiten braucht und um gleichwohl ein mit heute vergleichbares Einkommen und Lebensniveau zu geniessen. Diese Aufgabe ist auch ein Grundrecht: das Recht zu arbeiten, das Recht, selbst jenen Teil des sozialen Reichtums zu schaffen, der jedem zukommt. André Gorz, der diese Auffassung des Grundeinkommens teilt, betont nachhaltig, dass die vollständige Abhängigkeit eines Teils der Bevölkerung von einem andern unbedingt vermieden werden muss. Im vorliegenden Vorschlag des Grundeinkommens ohne Pflicht zur Arbeit würde dies geschehen. Wer vom Grundeinkommen profitiert, ohne sich direkt oder indirekt an der Schaffung des Reichtums zu beteiligen, die das Grundeinkommen ermöglicht,

begibt sich in die Abhängigkeit derjenigen, die durch ihre Arbeit die Auszahlung des Grundeinkommens erlauben.
Damit alle ihre Arbeitszeit drastisch verkürzen können, ist ein neues Verteilsystem der geschaffenen Werte notwendig. Hier interveniert das Grundeinkommen. In den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren kann die Arbeitszeit ohne weiteres um einen Drittel oder gar um die Hälfte ohne Einkommensverlust reduziert werden, falls man das Wachstum der Produktivität (Umsatz pro geleistete Arbeitsstunden) zu diesem Zweck verwendet. Das Wachstum der Produktivität schwankt je nach Produktionszweig sehr stark: es ist sehr hoch, wo Roboter und Informatik die menschliche Tätigkeit ersetzen können und sehr klein, wo die menschliche Arbeit nicht durch Maschinen ersetzt werden kann. Hier lässt die massive Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust die Preise in die Höhe schnellen. In Sektoren mit grosser Produktivitätssteigerung brechen die Preise bereits zusammen. Deshalb müssen in diesen Sektoren die nötigen Ressourcen freigesetzt werden, um die Arbeitszeitverkürzung der Arbeiter in Sektoren mit geringer Produktivitätssteigerung auszugleichen.

Ein Vorschlag wurde bereits gemacht: die Verdoppelung des Einkommens. Ein Teil des Einkommens jedes einzelnen – das Grundeinkommen – würde durch eine «Ergänzungskasse» ausbezahlt, deren Fonds durch eine Taxe auf den Mehrwert und durch Spezialtaxen auf Konsumgütern alimentiert würde. Der Verschwendung der letzteren durch einen Preissturz kann so begegnet werden. Die Unternehmen würden nur die effektive Arbeitszeit bezahlen, welche immer kürzer wird. Der direkt ausbezahlte Lohn durch die Unternehmen würde mit der zunehmenden Befreiung von der Arbeit, die durch die Technologie und die Reduzierung von Verschwendungsgütern ermöglicht würde, immer unwichtiger.

Die massive Arbeitszeitverkürzung um einen Drittel oder gar um die Hälfte ginge einher mit der immer grösseren Freiheit jedes Arbeiters, zu wählen, wie er sich an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit beteiligen möchte: einige Tage pro Woche, einige Wochen im Monat, einige Monate im Jahr, ein Jahr auf zwei, oder in einer anderen Kombination. Es geht also nicht um ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das Grundeinkommen würde regelmässig zu allen Zeiten jeder Person überwiesen, also vor, während und nach den eigentlichen Arbeitsperioden, aber unter folgender Bedingung: Jeder hat das Recht und auch die Pflicht, soweit er dazu fähig ist, sich an der Schaffung des sozialen Reichtums zu beteiligen, soweit dies vom technologischen Stand der Produktivität verlangt wird. Es geht also nicht um eine komplette Trennung von Einkommen und Arbeit, sondern um die Trennung des Einkommens, welches proportional zum Bruttosozialprodukt wachsen

würde, und der Arbeitszeit, welche sich proportional zum durchschnittlichen Produktivitätswachstum verkürzen würde.

GME und Gewerkschaftspolitik

Das erste der drei Modelle des GME ist eine Reform, an welche sich die Gewerkschaftsbewegung sofort anschliessen könnte und sollte. Manche Löhne sind so tief, dass sie durch soziale Leistungen ergänzt werden müssen. Dies gilt für Arbeiter mit mehreren Kindern oder anderen zu unterstützenden Personen. Die Löhne werden von den Marktbedingungen bestimmt, die die Gewerkschaft nicht immer zu beeinflussen vermag, weil die Machtverhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber je nach Sektor, Betrieb und Region unterschiedlich sind.
Zu wenig Arbeitsstellen, Langzeitarbeitslosigkeit, unstabile Familienverhältnisse, wechselnde Lebensweise unterhöhlen unser Sozialversicherungssystem. Denn dieses baut darauf, dass ein Mann, vollzeit und ohne Unterbruch arbeitend, mit einem genügenden Einkommen Frau und Kinder lange und regelmässig unterhält. Das GME soll Lösungen für die immer zahlreicheren Löcher im Netz einer so gestalteten sozialen Sicherheit bieten.
Heikel ist aus gewerkschaftlicher Sicht, dass diejenigen Arbeiter, deren Lohn unterhalb des GME liegt, ebenfalls Anspruch auf eine Ergänzungsleistung haben. So erreichen sie die Höhe des GME. Um zu verhindern, dass die Unternehmer einfach die Löhne senken und so vom GME profitierten, braucht es eine starke Vertragspolitik. Diese muss durch Gesamtarbeitsverträge wenigstens das GME oder durch das Gesetz einen minimalen Lohn in der Höhe des GME für eine Person vorsehen. Der bescheidene Lohn, der ja nicht proportional zur Kinderzahl steigt, und die Kinderzulagen in der Schweiz erreichen auch zusammen für zahlreiche Familien nicht einmal die Höhe des GME. In dieser Situation würde das GME die Armut im Arbeitermilieu verhindern. Ähnlich verhindern die Ergänzungsleistungen von IV und AHV heute die Armut vieler Pensionierter und Invalider.

Das zweite Modell des GME weist ein gosses Risiko auf. Gorz und Glotz haben darauf aufmerksam gemacht: Wer freiwillig oder notgedrungen von den mageren Einkünften des GME lebte, wäre von denen abhängig, die den Reichtum produzieren und die Brosamen davon den Zukurzgekommenen und den «Faulen» überliessen. Jedem wäre ein Existenzminimum garantiert. Jeder könnte nach seinen Möglichkeiten seine Situation durch Arbeit verbessern. Wer dazu heute nicht fähig ist, wird bereits als legitimer Bezüger der Sozialhilfe betrachtet. Schon heute ist ein grosser Teil der Einkommensverteilung sozialisiert: so die

Alters- und Invalidenrenten, die Ergänzungsleistungen, die Arbeitslosenunterstützung, die Entschädigungen bei Krankheit, Mutterschaft, Lohnausfall bei Militärdienst, Stipendien, Kinderzulagen. Das GME in dieser Konzeption würde den Dschungel der sozialen Umverteilung radikal vereinfachen. Betroffen wären heute vor allem die nicht beitragspflichtigen Leistungen, welche zu den «normalen» Leistungen der Sozialversicherungen, die auf dem Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungen aufbauen, dazukämen. Letztere spielten weiterhin eine fundamentale Rolle, um das Lebensniveau oberhalb des Grundbedarfs zu garantieren. Neu wäre, dass ein Teil der Bevölkerung das Recht hätte, zu essen ohne zu arbeiten – wie etwa die Mönche – aber die Möglichkeit zur Arbeit offen bliebe. Diese Idee wird wohl noch lange auf Widerstand stossen.

Das dritte Modell des GME gehört mehr als das zweite in die Gewerkschaftstradition, in den Kampf um Arbeitszeitverkürzung. Die Perspektive aber ist verändert: Nicht «weniger arbeiten, damit alle arbeiten können», sondern «alle arbeiten, damit jeder weniger arbeiten muss». Kurz: Befreiung von der Arbeit als letztes Ziel der Arbeit statt Arbeit als Garantie für individuelle und gesellschaftliche Existenz.
Eine Utopie? Gewiss.Vor allem aber geht es um eine strategische Orientierung hin zur Utopie der Befreiung von der Arbeit. Diese Orientierung hat ab sofort konkret folgendes zu beinhalten:

- Die Wirtschaftspolitik ist so zu steuern, dass das Wirtschaftswachstum nur wenig grösser ist als die Zunahme der Bevölkerung. Die Differenz wäre vollumfänglich für die Einkommensverbesserung der weniger begünstigten Schichten bestimmt.
- Zu diesem Zweck wird die Produktion von Verschwendungs- und umweltschädlichen Produkten behindert. Dies gilt ebenso für zunehmend vermarktete Zweige, deren Bedürfnisse besser durch selbständige Leistungen privater Einheiten erfüllt werden können. Die gegenseitigen Unterstützungsleistungen, sei es innerhalb der Familie, der Nachbarschaft, eines Dorfes oder eines Quartiers, sollen deshalb gefördert werden.
- Der eingeschlagene Weg des Lohnausgleichs ist weiter zu verfolgen: Familienzulagen, bezahlter Elternurlaub, Einkommen für Studierende, kollektiver Fonds für bezahlte Weiterbildung.
- Der Einkommensverlust bei Arbeitszeitverkürzung, bei Pflege von alten und kranken Menschen ist wenigstens teilweise zu kompensieren.Attraktive Angebote für freiwillige Einsätze in gesellschaftlich nützlichen und kompetent begleiteten Projekten sind mittels finanzieller Kompensation zu fördern.
- Auf einer neuen Grundlage ist die Kampagne für Arbeitszeitverkürzung auf nationaler und europäischer Ebene wieder zu lancieren, sei es durch Verhandlungen oder auf politischem Weg. Ziele und deren Umsetzungs-

zeit müssen festgelegt werden (z. Bsp. für alle 10% weniger Arbeit innerhalb von fünf Jahren). Gleichzeitig verbindet man damit den Vorschlag, dass der Lohnausgleich nicht mehr von jedem Unternehmen überwiesen wird, sondern durch eine Ausgleichskasse, welche sich durch einen steuerlichen Vorabzug auf dem von der gesamten Wirtschaft erzeugten Mehrwert speist. Die Art der Verkürzung würde nicht mehr einheitlich festgelegt (z.Bsp. 35 Wochenstunden für alle), sondern durch kollektive Verhandlungen auf der Ebene der Produktionszweige und der Unternehmen geregelt.

Quellen

Cima T., «Il lavoro a tempo parziale», Bellinzona, Ufficio delle Ricerche Economiche, 1987.
Van der Werf D., «Work in Europe. Five Possible Scenarios», Luxembourg, Fast Occasional papers, No 136, 1987.
Idem, «Summary of Five Scenarios for Work in Europe», Luxembourg, Fast occasional Papers, No 137, 1987.
Kneschaurek F., «Konjunktur und Perspektiven», St. Gallen, St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung, 1989.
Graf H.G., «Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsszenarien bis zum Jahr 2025», St. Gallen, St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung, 1987.
Gorz A., «Métamorphoses du travail. Quête du sens – Critique de la raison économique», Paris, Galilée, 1988.
Standing G., «Politica ed Economia, un reddito di cittadinanza per gli europeis», 1988.
Lalive d'Epinay Chr. (éd.), «Travail, activité, condition humaine à l'aube du XXe siècle», Maastricht, Presses Interuniversitaires Européennes, 1988.
Lalive d'Epinay Chr., Garcia C., «Le mythe du travail en Suisse», Genève, Georg, 1988.
Lévy R., «La vie au travail et son avenir», Lausanne, Réalités sociales, 1988.
Fédération des coopératives Migros, «Concept de développement des Ecoles-clubs», Zürich, Office de coordination des Ecoles-clubs, 1988.
ISOP Report, «Trends in Politik, Wirtschaft und Sozialem», Zürich, ISOP Report, Juni 1989.
Mäder A., Neff U., «Vom Bittgang zum Recht. Zur Garantie des sozialen Existenzminimums in der schweizerischen Fürsorge», Bern, Haupt, 1988.
Euzéby Ch., «Protection sociale et revenu minimum garanti. Une perspective internationale», Futuribles, Januar 1990.
«The Fast II Programme (1984–1987): Results and Recommendations», Vol. 1: «A Synthesis Report», Luxembourg, Commission of the European Communities, 1988.
«The Fast II Programme (1984–1987): Results and Recommendations», Vol. 2: «Prospects for Human work, Industrial and Organisational Strategies», Luxembourg, Commission of the European Communities, 1988.
«Recensement fédéral de la population 1980 - Suisse: Activité économique», Bern, Office fédéral de la statistique, 1985.